

Brandanschlag geht auch ohne Naziszene

In Wittorf bei Lüneburg ist eine geplante Unterkunft für Geflüchtete abgebrannt. Ursache: Brandstiftung. Vorher gab es Kritik an der Gemeinde, danach an der Lokalzeitung.

In das ehemalige Altenheim in Wittorf wird so bald niemand einziehen. In der Nacht auf den 3. November hat das Gebäude in dem kleinen Dorf im Landkreis Lüneburg gebrannt. Verletzte gab es keine. Das Haus befand sich gerade im Umbau, es sollte Unterkunft für 50 bis 60 Geflüchtete werden. Anfang Dezember hätten die ersten Menschen einziehen sollen, bestätigt die Kreisverwaltung der taz. Jetzt sind Teile komplett ausgebrannt, andere einsturzgefährdet. Das Gebäude ist vorläufig unbewohnbar.

Die Staatsanwaltschaft Lüneburg geht seit Ende vergangener Woche von Brandstiftung aus. Ein Brandermittler habe andere Ursachen für das Feuer ausschließen können, sagt ein Sprecher der Behörde. Da ein politisches Motiv nicht auszuschließen sei, ist in die Ermittlungen auch der Staatsschutz involviert.

Aus Sicht von Heiner Luhmann (CDU), dem Bürgermeister der Samtgemeinde Bardowick, zu der Wittorf gehört, liegt es nahe, „dass Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus eine Rolle gespielt haben“. Über den Brandanschlag sei er „einigermaßen erschrocken und auch überrascht“.

Wittorf ist überschaubar, das Dorf zählt keine eineinhalbtausend Einwohner*innen. Bei der letzten Kommunalwahl 2021 gingen je vier Sitze im Gemeinderat an CDU und SPD, drei an die Grünen. Schon seit 2015 wohnen durchgehend zwischen zwölf und 18 geflüchtete Menschen in einer Unterkunft im Ort, einige hundert Meter vom ehemaligen Altenheim entfernt.

Das Zusammenleben im Ort sei „komplett unproblematisch“, sagt Bürgermeister Lumann. So engagierten sich viele Menschen in Wittorf ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe, Übergriffe auf Unterkünfte oder Geflüchtete seien der Gemeinde nicht bekannt.

Den Eindruck kann Olaf Meyer von der antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen bestätigen: „In Wittorf gab es eigentlich nie Probleme“, sagt er. Nicht nur dort, auch im ganzen Landkreis Lüneburg habe es vergleichbare Anschläge „seit Anfang der 1990er nicht gegeben“, sagt der Aktivist. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Lüneburg bestätigt, dass der Ermittlungsbehörde aus den vergangenen Jahren keine Ermittlungen zu Angriffen auf Geflüchtetenunterkünften im Landkreis erinnerlich sind.

Einige Tage vor dem Brand in Wittorf war Kritik am Vorgehen der Samtgemeinde Bardowick laut geworden. „Wittorfer sauer“, konnte man in der Lokalzeitung Lünepost lesen. Die Gemeinde habe die Anwohner*innen viel zu spät über den Umbau des Altenheims zur Unterkunft für Geflüchtete informiert, Anwohner*innen hätten sich nicht mitgenommen gefühlt. „Einige kündigten noch am Abend an, wegzuziehen“, schließt der Artikel.

Tatsächlich hatte die Öffentlichkeit erst am 30. Oktober bei einer Infoveranstaltung im Dorf von den Plänen der Gemeinde erfahren. „Die Kritik, dass das zu spät kam, ist nicht ganz unberechtigt“, räumt Bürgermeister Luhmann ein. Es müsse aber auch bedacht werden, dass die Gemeinde erst Anfang Oktober vom Land über den neuen Verteilungsschlüssel informiert worden sei.

Demnach muss die Gemeinde bis zum nächsten März 225 schutzsuchenden Menschen eine Unterkunft bereitstellen. Da der vorhandene Platz nicht ausreicht, sei unter Zeitdruck „entschieden worden, das ehemalige Seniorenheim in Wittorf mit ranzuziehen“, sagt er. Trotzdem hätte man die Bürger*innen einige Tage früher informieren können, sagt Luhmann. Dass das nicht passiert ist, tue ihm leid.

Deutliche Kritik übt der Bürgermeister allerdings am Artikel der Lünepost über die Informationsveranstaltung. Darin würde die Diskussion am Abend völlig falsch wiedergegeben. Tatsächlich hätten sich von fast 70 Teilnehmenden nur sechs oder sieben Personen kritisch zur geplanten Unterkunft geäußert. Der Rest sei entweder positiv eingestellt gewesen oder habe organisatorische Fragen gestellt. In der Lünepost würde dagegen suggeriert, der ganze Ort sei gegen die Unterkunft gewesen. Das findet Luhmann „polemisch, falsch und gefährlich“.

Lünepost-Redakteur Jan Beckmann weist den Vorwurf der Verzerrung von sich. Da der Anlass für den Artikel die Kritik am Vorgehen der Gemeinde war, sei es nur folgerichtig, dass er nur solche Stimmen wiedergegeben hat, sagt er. Ohnehin habe sich „die Mehrheit der Leute vor Ort kritisch geäußert“.

Diesem Eindruck widerspricht allerdings auch der Gemeinderat von Wittorf. Am Tag nach dem Brand veröffentlicht er eine Erklärung, in der er sich deutlich von Beckmanns Artikel distanziert. Dieser „trifft nicht die Stimmung“ steht da.

Die antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen habe schon mehrfach ähnliche Informationsveranstaltungen in der Gegend beobachtet, erzählt Olaf Meyer. Zwar gebe es dabei immer auch Stimmen, die Ankommende unterstützen wollen, Asyl und Migration würden jedoch zunehmend als Problem adressiert. Kritik an der Informationspolitik von Verwaltungen hält Olaf Meyer für ein vorgeschobenes Argument: „Die Leute kritisieren, nicht informiert worden zu sein, statt zu sagen: Ausländer raus.“

Samtgemeindebürgermeister Luhmann zeigt dagegen Verständnis für Menschen, die sich übergangen fühlten. Für ihn ist es auch die Asylpolitik von Bund und Land, durch die die Verantwortung für die Unterbringung an die Kommunen weitergereicht werde, die zu Unmut bei betroffenen Bürger*innen führt.

Seine Gemeinde stellt der Brand nun vor eine organisatorische Herausforderung. Gemeinsam mit der Kreisverwaltung sucht sie nach alternativen Unterbringungen. „Wir kommen in deutlichen Verzug“, sagt Luhmann. Für Samstag 13 Uhr ruft ein Bündnis antifaschistischer Gruppen gemeinsam mit den Grünen zu einer Kundgebung gegen Rassismus vor der Brandruine auf.

TAZ-Nord, 16.11.2023

Nach Feuer in geplanter Notunterkunft Mahnwachen in Bardowick und Wittorf: „Brandstiftung ist keine Meinungsäußerung“

Mahnwachen in Bardowick und Wittorf sollen ein Zeichen gegen Fremdenhass setzen. Die Veranstaltungen finden am Sonnabend, 18. November, im Bardowicker Ortszentrum und an der Brandruine in Wittorf statt.

Bardowick/Wittorf. Nach dem Feuer in dem ehemaligen Alten- und Pflegeheim in Wittorf rufen der Lüneburger Kreisverband der Grünen und der Verein Seebrücke zu Mahnwachen am Sonnabend, 18. November, auf. Hintergrund ist, dass die Samtgemeinde Bardowick die einstige Senioreneinrichtung zu einer Flüchtlingsunterkunft umbauen wollte, das Gebäude am 3. November jedoch in Brand geriet. Die Staatsanwaltschaft Lüneburg geht von Brandstiftung aus.

Am Sonnabend von 10 bis 11.30 Uhr halten die Grünen eine Mahnwache in Bardowick am Vititurm (Ecke Große Straße/Im Sande) ab. Um 13 Uhr ist eine weitere Mahnwache direkt an der Brandruine in Wittorf (Im Moor 4) vom Verein Seebrücke geplant.

Brandstiftung ist keine Meinungsäußerung oder Notwehr

„Brandstiftung ist weder eine Meinungsäußerung noch irgendwie berechtigte Notwehr besorgter Bürgerinnen und Bürger, sondern schlicht ein menschenverachtendes Verbrechen“, heißt es im Aufruf der Grünen. Das sei beim Brand der geplanten Notunterkunft in Wittorf nicht anders.

„Es sieht alles danach aus, dass sich hier jemand im Recht wähnte, aus Fremdenhass Menschenleben zu gefährden. Auch wenn das Gebäude noch leer stand: Menschen in Nachbargebäuden waren in akuter Gefahr und die 170 Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren ebenso“, verdeutlicht der Kreisverband in einer Pressemitteilung.

Zeichen gegen rechtsmotivierte Gewalt

„Wir rufen die Menschen in und um Bardowick auf, sich anzuschließen und sich gemeinsam dem Hass entgegenzustellen.“ Die Mahnwache am Vititurm im Altdorf des Domfleckens soll dem Entsetzen und der Abscheu über die Tat Ausdruck verleihen.

Mit der Mahnwache an der Brandruine in Wittorf will der Verein Seebrücke ein Zeichen gegen rechtsmotivierte Gewalt und für Solidarität mit Geflüchteten setzen. Der Verein setzt sich mit zahlreichen Lokalgruppen für eine solidarische und menschenrechtsbasierte Migrationspolitik ein.

Landeszeitung – 16.11.2023

Brandstiftung in Unterkunft in Wittorf: Mahnwache, Demo und Friedensgebet

Wittorf/Bardowick. Zu einer Mahnwache und einer Demonstration rufen die Grünen nach dem Brand im ehemaligen Alten- und Pflegeheim in Wittorf auf. Dort sollten Geflüchtete Zuflucht finden. Das Heim war kurz vor Einzug angezündet worden und niedergebrannt.

Die Mahnwache wird am Sonnabend, 18. November, von 10 bis 11.30 Uhr in Bardowick am Vititurm (Ecke Große Straße/Am Sande) abgehalten. „Wir rufen die Menschen in und um Bardowick auf, sich anzuschließen und sich gemeinsam dem Hass entgegenzustellen“, heißt es in einem Aufruf.

Wie berichtet, war in der Nacht zu Freitag, 3. November, ein Feuer in dem ehemaligen Alten- und Pflegeheim in Wittorf ausgebrochen. Die Staatsanwaltschaft Lüneburg geht nach den Ermittlungen in der geplanten Flüchtlingsunterkunft kurz darauf von Brandstiftung aus. Sie stützt sich dabei auf die Brandsachverständigen und Ermittler der Polizei. Der Staatsschutz ermittelt.

Menschenverachtendes Verbrechen

Von den Grünen heißt es: „Brandstiftung ist weder eine Meinungsäußerung noch irgendwie berechnete Notwehr besorgter Bürger und Bürgerinnen, sondern schlicht ein menschenverachtendes Verbrechen. Das ist beim Brand der geplanten Notunterkunft in Wittorf nicht anders. Es sieht alles danach aus, dass sich auch hier jemand im Recht wähnte, aus Fremdenhass Menschenleben zu gefährden. Auch wenn das Gebäude noch leer stand. Menschen in Nachbargebäuden waren in akuter Gefahr und die 170 Feuerwehrleute ebenso.“ Die Zahl fremdenfeindlicher Übergriffe dieser Art sei in diesem Jahr erneut gestiegen, heißt es weiter in einer Pressemeldung. Es sei wichtig, dass die Gesellschaft solche Taten nicht schweigend hinnehme, sondern aufstehe und die Stimmen gegen den Hass erhebe. „Es ist wichtig, dass wir zusammenstehen gegen diese Bedrohung der einfachsten Grundregeln menschlichen Zusammenlebens.“

Nach der Mahnwache in Bardowick soll gegen 13 Uhr am Tatort in Wittorf mit der „Seebrücke Lüneburg“ demonstriert werden. Für Fahrradfahrer aus Lüneburg ist der Treffpunkt um 12 Uhr am Marktplatz.

Zudem findet am 19. November um 12 Uhr ein Friedensgebet der ev. Kirchengemeinde zusammen mit dem Gemeinderat in Wittorf beim Ehrenmal an der Bardowicker Straße statt.

Winsener Anzeiger – 15.11.2023

Staatsanwaltschaft: "Unbekannte Täterschaft"

Feuer in geplanter Flüchtlingsunterkunft in Wittorf: Es war Brandstiftung

Die Brandort-Untersuchung des kürzlich abgebrannten ehemaligen Altenheims in Wittorf ist abgeschlossen. Die Brandursache steht fest – die Staatsanwaltschaft Lüneburg geht „in Ermangelung von feststellbaren sonstigen Brandursachen“ von Brandstiftung aus.

Bardowick. In der Nacht zu Freitag ist eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Wittorf komplett ausgebrannt. Ab Dezember sollten in dem ehemaligen Altenheim 50 bis 60 Flüchtlinge untergebracht werden. Nun hat die Brandort-Untersuchung ergeben: „In Ermangelung von feststellbaren sonstigen Brandursachen ist von einer Brandstiftung auszugehen“, sagt der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Lüneburg, Jan Christoph Hillmer.

Zu diesem Ergebnis kam ein Team aus einem Brandsachverständigen, einem polizeilichen Brandermittler und einem Brandmittelspürhund. Die Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen habe eine Ermittlungsgruppe eingerichtet, in die auch das Staatsschutzfachkommissariat eingebunden ist.

Es wird „gegen unbekannte Täterschaft“ ermittelt

STAATSSCHUTZ ERMITTELT

Feuer in Wittorfer Flüchtlingsunterkunft war Brandstiftung

Ein geplantes Flüchtlingsheim ging vergangene Woche in Flammen auf. Nun bestätigt die Staatsanwaltschaft: Es war Brandstiftung.

Bardowick/Wittorf. In der vergangenen Woche wurde eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Wittorf im Landkreis Lüneburg durch ein Feuer komplett zerstört. Nun steht fest: Es war Brandstiftung. Das teilte die Staatsanwaltschaft Lüneburg am Mittwoch auf Abendblatt-Anfrage mit.

Wie bereits berichtet, stand das ehemalige Pflegeheim in Wittorf, einem Ort mit 1500 Einwohnern, in der Nacht zum Freitag lichterloh in Flammen. Das Feuer breitete sich vom Wintergarten auf das ganze Hauptgebäude aus. Über 150 Feuerwehrleute kämpften stundenlang gegen die Flammen an. Schlussendlich musste der betroffene Gebäudeteil mit einem Bagger abgerissen werden.

Keine technischen Defekte: Ermittler gehen von Brandstiftung aus

Eigentlich sollten zum 1. Dezember etwa 60 Flüchtlinge in das Gebäude einziehen. Aus diesem Grund waren bereits Matratzen und weitere Einrichtungsgegenstände im Wintergarten gelagert. Die Pläne stießen bei den Anwohnern auf Kritik. Sie fühlten sich überrumpelt, wie eine Anwohnerin am Morgen nach dem Brand äußerte. Wenige Tage vor dem Brand hätte man vor allem aus der Zeitung erfahren, dass es die Unterkunft geben solle.

Der Brandort wurde in dieser Woche von Ermittlern, einem Sachverständigen und mit Unterstützung eines Spürhundes auf eine mögliche Brandursache untersucht. Staatsanwalt Jan Christoph Hillmer erklärte, dass es keine Hinweise auf einen technischen Defekt gegeben habe. „Da wir keine anderen Brandursache festgestellt haben, gehen wir von Brandstiftung aus“, so Hillmer. Ob diese fahrlässig oder mutwillig war, sei noch unklar.

Lüneburgs Landrat verurteilt mutwillige Brandstiftung und fordert schnelle Aufklärung

Um die Hintergründe weiter zu ermitteln, hat die Polizeiinspektion Lüneburg eine Ermittlungsgruppe eingerichtet, an der auch der Staatsschutz beteiligt ist. Die Ermittlungen laufen derzeit noch gegen Unbekannt. Weitere Details wollte die Staatsanwaltschaft zu diesem Zeitpunkt nicht preisgeben, um die laufenden Ermittlungen nicht zu gefährden.

Lüneburgs Landrat Jens Böther verurteilte den Vorfall bereits kurz nach dem Brand und betonte: „Sollte hier jemand mutwillig eine Straftat begangen haben, muss er schnell gefasst und zur Rechenschaft gezogen werden. Für Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus sehe ich keinen Platz im Landkreis Lüneburg.“

abendblatt.de, 08.11.2023

Wittorf: Es war Brandstiftung

Mit hoher Wahrscheinlichkeit war es Brandstiftung: Davon gehen Polizei und Staatsanwaltschaft nach intensiven Ermittlungen in der Ruine von Wittorf aus. Ob fahrlässig oder vorsätzlich sei unter anderem Gegenstand der Ermittlungen, sagt Jan Christoph Hillmer. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft Lüneburg schildert, dass die Experten der Polizei

gemeinsam mit einem Sachverständigen und einem Spürhund in dem ehemaligen Seniorenheim auf Spurensuche gegangen sind. Brandermittlungen sind Ausschlussermittlungen: Die Fachleute konnten so elektrische und chemische Komponenten ausgeschlossen.

Wie berichtet, stand das Gebäude in Nacht zu zu Freitag in Flammen, die Feuerwehr rückte mit einem Großaufgebot an, der Schaden geht in die Hunderttausende. Die Samtgemeinde hatte das Haus übernommen und wollte eine Unterkunft für Flüchtlinge daraus machen. Das hat sich vorerst erledigt. Bei einer Informationsveranstaltung wenige Tage vor dem Feuer war es zu massiver Kritik an den Plänen gekommen.

Aufgrund der Umstände hatte die Polizei einen möglichen Anschlag nicht ausgeschlossen und den polizeilichen Staatsschutz eingebunden. Nun soll eine eigens eingerichtete siebenköpfige Ermittlungsgruppe das Verfahren führen -- unter Beteiligung des Staatsschutzes. Laut Hillmer wurden bislang aber keine Bekenntnisse oder entsprechende Hinweise am Brandort gefunden. Hinweise: 04131 83062215.

lueneburgaktuell.de, 08.11.2023

Brandursache weiterhin unklar

Abgebrannte Flüchtlingsunterkunft in Wittorf: Warum die Suche nach Alternativen schwierig ist

In der Nacht zu Freitag ist ein ehemaliges Pflegeheim in Wittorf abgebrannt. Ab Dezember sollten dort Flüchtlinge untergebracht werden. Die Samtgemeinde sucht nun händeringend nach Alternativen.

Bardowick. Das aus noch unklaren Gründen abgebrannte ehemalige Altenheim in Wittorf (Im Moor 4) stellt die Samtgemeinde Bardowick vor schwere Herausforderungen. In dem zur Flüchtlingsunterkunft umfunktionierten Bau sollten Anfang Dezember die ersten Geflüchteten einziehen. Jetzt werden händeringend Alternativen gesucht.

„Das reißt ein ziemliches Loch in unsere Planung“, sagt Samtgemeindebürgermeister Heiner Luhmann. Nicht nur finanziell, auch logistisch. Denn bis Ende März 2024 sei die Kommune dazu verpflichtet, 225 Schutzsuchende aufzunehmen. In dem Gebäude in Wittorf hätten zwischen 50 und 60 Menschen untergebracht werden können.

Flüchtlingsunterkünfte: Es fehlt an Containerflächen und Immobilien

„Natürlich suchen wir da jetzt unter Hochdruck nach Alternativen“, sagt Luhmann, aber „es fehlt uns an Immobilien und Aufstellflächen für Container“.

Möglich sei, die bereits bestehende Containeranlage im Gewerbegebiet Wittorfer Heide zu vergrößern. Das sei langfristig sowieso vorgesehen gewesen, „nur nicht unter diesem Druck“. In 18 Containern leben dort derzeit zwischen 30 und 35 Geflüchtete. Für weitere 18 Container wäre Platz.

Doch neben den dazu noch nötigen Tiefbauarbeiten – die mindestens zwei Monate in Anspruch nehmen würden – entpuppt sich auch die Anschaffung oder Anmietung von Containern als eine finanzielle Belastung.

„Wenn Geld keine Rolle spielen würde, würde ich die Container morgen hier stehen haben“, sagt Luhmann, „aber wir müssen uns fragen, ob wir das noch bezahlen können“. Das Geld sei schließlich endlich.

Landeszeitung, 7. November 2023

Offenbar war das Feuer im rückwärtigen Wintergarten des ehemaligen Altenheims ausgebrochen. Mitarbeitende der Samtgemeinde hatten dort noch am Donnerstag Matratzen und Möbel zwischengelagert, um ab Montag die ersten Zimmer einzurichten, berichtet auf LZ Nachfrage Arndt Conrad. Der Erste Samtgemeinderat war nach der Alarmierung der Feuerwehr schon in der Nacht zur Brandstelle geeilt und konnte nur noch fassungslos zusehen, wie die designierte Flüchtlingsunterkunft ein Raub der Flammen wurde.

Gegen 2.30 Uhr waren die Ortsfeuerwehren Wittorf, Bardowick, Barum, Handorf, Horburg und St. Dionys alarmiert worden, berichtet Feuerwehrsprecher Roland Krause. Als die Kräfte eintrafen, war das Feuer bereits vom Wintergarten über einen Flachdachanbau in den Dachstuhl des Hauptgebäudes übergeschlagen. Schnell sei klar gewesen, dass das Gebäude nicht mehr zu retten sein würde.

Parallel zu den umfassenden Löscharbeiten wurde in den frühen Morgenstunden ein Bagger eingesetzt, um den Dachstuhl schrittweise abzutragen, damit die Feuerwehrleute die darunter liegenden Hitzenester erreichen konnten. Die Feuerwehr verhinderte ein Übergreifen der Flammen auf das bewohnte Nachbargebäude. 15 Personen konnten das Haus über Hinterausgänge verlassen, eine 16. Person musste mithilfe einer Steckleiter aus dem Gebäude befreit werden, weil die enorme Hitze ein Verlassen über den Haupteingang unmöglich gemacht hatte, berichtet Krause.

Die Hitzeentwicklung war so groß, dass an den nur wenige Meter entfernt geparkten Autos unter anderem die Plastikabdeckungen der Rücklichter geschmolzen waren und der flüssige Kunststoff am Heck hinunterlief. Am Nachbarhaus barsten zudem die Fenster. Insgesamt waren wegen des Brandes rund 170 Einsatzkräfte von Feuerwehren, ASB und Polizei vor Ort.

Schaden im höheren sechsstelligen Bereich

Den finanziellen Schaden des Gebäudebrandes bezifferte die Polizei auf einen „höheren sechsstelligen Bereich“. Laut Conrad hatte die Samtgemeinde Bardowick das schon länger leerstehende Pflegeheim zu Jahresbeginn für 500.000 Euro erworben.

50 bis 60 Personen aus unterschiedlichen Nationen sollten dort ab Anfang Dezember untergebracht werden. An den Plänen hatte sich bei einem Infoabend der Samtgemeinde auch Kritik entzündet. Auf die Frage, ob Brandstiftung aus Fremdenhass eine Rolle bei den Ermittlungen spiele, sagte Polizeisprecher Michel Koenemann: „Wir haben noch keinen Anfangsverdacht. Wir sind uns aber der politischen Situation bewusst und ermitteln in alle Richtungen.“ Auch der Staatsschutz sei eingeschaltet.

Was passiert nun mit den Geflüchteten, die Anfang Dezember in Wittorf untergebracht werden sollten? „Ich weiß es nicht“, sagt Conrad. Möglicherweise müsste die Samtgemeinde abermals auf eine Container-Lösung zurückgreifen, doch die sind schwer zu bekommen. Wie es konkret weitergeht, werde sich erst in den nächsten Tagen zeigen. Die Samtgemeinde sei im engen Austausch mit dem Landkreis.

Landrat Jens Böther betont: „Mir ist wichtig, dass die Polizei nun sorgfältig und in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen und die Brandursache ermitteln kann. Sollte hier jemand mutwillig eine Straftat begangen haben, muss er schnell gefasst und zur Rechenschaft gezogen werden. Für Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus sehe ich keinen Platz im Landkreis Lüneburg.“ Die Kommunen unternähmen große Anstrengungen, um genügend Unterkünfte für Schutzsuchende bereitzustellen. „Wenn diese nicht mehr zur Verfügung stehen, bleibt uns nichts anderes übrig, als über Notunterkünfte in Sporthallen und ähnliches nachzudenken – und das will keiner von uns.“

Landeszeitung, 4. November 2023

Landeszeitung, 03.11.2023:

<https://www.landeszeitung.de/lokales/lueneburg-lk/bardowick/feuer-in-der-geplanten-fluchtlingsunterkunft-in-wittorf-E3ROA3JU4ZC4FP62VMAPR2IU6Q.html>

t-online, 03.11.2023:

https://www.t-online.de/region/hamburg/id_100273116/lueneburg-geplante-fluechtlingsunterkunft-abgebrannt-brandstiftung-.html

Winsener Anzeiger, 03.11.2023:

<https://www.winsener-anzeiger.de/lokales/604344-fluechtlingsheim-in-wittorf-erst-proteste-jetzt-ein-feuer-zufall-oder-straftat/>

NDR, 03.11.2023:

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Feuer-in-geplanter-Fluechtlingsunterkunft-Staatsschutz-ermittelt,wittorf124.html

Landeszeitung, 03.11.2023:

<https://www.landeszeitung.de/lokales/lueneburg-lk/bardowick/nach-feuer-geplante-fluchtlingsunterkunft-in-wittorf-ist-zerstort-e460980f-0cd7-47ed-93bd-41909ebc5a80.html>

sat 1 regional:

<https://www.sat1regional.de/brand-in-geplanter-fluechtlingsunterkunft-in-wittorf-staatsschutz-ermittelt/>

NDR, 03.11.2023 (2):

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Feuer-in-geplanter-Fluechtlingsunterkunft-Staatsschutz-ermittelt,wittorf124.html

NDR, 03.11.2023 (3):

https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hallo_niedersachsen/Geplante-Unterkunft-fuer-Gefluechtete-in-Wittorf-abgebrannt,hallonds83690.html

Polizei Lüneburg (PM), 03.11.2023

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/59488/5640411>

Landkreis Lüneburg (03.11.2023):

<https://www.landkreis-lueneburg.de/das-wichtigste-auf-einen-blick/aktuelle-informationen/presse/pressemitteilungen/brand-in-einer-geplanten-fluechtlingsunterkunft-in-wittorf.html>

Wittorfer sauer auf die Samtgemeinde

Wittorf. Am Moor in Wittorf. Eine kleine Straße im Dorf mit nur wenigen Nachbarn. Wer hier lebt, mag die Ruhe und Abgeschlossenheit.

Seit ein paar Tagen ist es jedoch vorbei mit der Ruhe im dörflichen Idyll. Auslöser war ein unauffälliger Zettel mit Bardowick-Wappen, der jetzt mit dem Gemeindeblatt in den Postkästen der Wittorfer landete. Auf diesem Weg lud Samtgemeindebürgermeister Heiner Luhmann die Anwohner zu einem Treffen ein, um mit ihnen über die Zukunft des seit Jahren leerstehenden Seniorenheimes in der Straße zu sprechen. Seither brodeln die Gerüchteküche.

Donnerstagabend warteten nun über 60 Anwohner im neuen „Bewicker Hus“ in Bardowick gespannt auf das, was Luhmann zu berichten hatte. Der Verwaltungschef sprach gleich Klartext – und bestätigte dabei die Vorahnungen der Wittorfer: Das ehemalige Pflegeheim wird zur Flüchtlingsunterkunft.

Luhmann berichtete vom neuen Verteilschlüssel des Landes, nach dem der Landkreis Lüneburg bis kommenden März 1536 Flüchtlinge aufnehmen müsse. 225 davon würden der Samtgemeinde Bardowick zugeteilt. „Wir stehen vor der nächsten Hochphase und es wird nicht so einfach, die Menschen auch menschengerecht unterzubringen“, sagte er in Anspielung auf die Lüneburger Lösung, bei der Geflüchtete in einem ehemaligen Möbelhaus untergebracht werden. Das Problem: Weitere Wohncontainer, wie Bardowick sie in der Wittorfer Heide bereits mit Erfolg betreibt, seien auf die Schnelle nicht zu bekommen. Daher habe sich die schon länger von der Samtgemeinde erworbene Pflegeheim-Immobilie angeboten. Schon im Dezember sollen dort bis zu 60 Geflüchtete unterkommen. Die Umbauarbeiten seien bereits im Gange.

Vor allem dieser Punkt macht viele Anwohner wütend: „Sie stellen uns vor vollendete Tatsachen in einer so engen Anwohnerstraße“, beschwerte sich zum Beispiel Alexandra Zorn. „Integration fängt doch viel weiter vorne an – man muss doch auch die Anwohner mitnehmen.“ Luhmann und die zuständige Fachbereichsleiterin Anja Kablau äußerten Verständnis für den Frust der Nachbarn. Sie machten aber auch deutlich, dass ihnen nicht viel Zeit bleibe. „Wir müssen bis Dezember Platz für 100 Menschen in der Samtgemeinde schaffen.“

Vorbehalte gegenüber den Neuankömmlingen versuchte Anja Kablau zu nehmen. Bardowick sei gut aufgestellt in der Flüchtlingsbetreuung, man habe schon seit 2012 ein Team, das sich um die Unterbringung und die Betreuung der Menschen kümmere. Das Konzept wolle man auch am neuen Standort anwenden: „In der Wittorfer Heide funktioniert das reibungslos.“ Man habe kaum Probleme mit Geflüchteten, keine Polizeieinsätze. Das Raunen im Publikum signalisierte jedoch etwas anderes.

„Wir wissen nicht, ob wir die Chance bekommen, das Pflegeheim ausgewogen zu belegen“, musste Samtgemeindebürgermeister Luhmann eingestehen. Schließlich lebten aktuell in der Notaufnahme in Summe Geflüchtete aus 30 Nationen, die verteilt werden müssten. Und: „Nicht jede Nation versteht sich mit der anderen Nation.“ Dennoch wolle man am neuen Standort auf einen Sicherheitsdienst verzichten. „Damit würden wir von vorneherein eine potentielle Auseinandersetzung unterstellen.“

Maximal zwei Jahre soll das recht heruntergewirtschaftete Heim als Heim für Geflüchtete dienen. Luhmann: „Dann ist das Gebäude durch.“ Bis die Ersten einziehen, werde man noch strenge Brandschutzauflagen erfüllen, die Küche und die Zimmer im Erdgeschoss soweit herrichten, dass die neuen Bewohner ein einigermaßen akzeptables Heim bekämen. „Die

Unterbringung ist aber in keiner Weise vergleichbar mit unseren Wohnstandards“, machte Sozialamtschefin Kablau klar.
Viel Verständnis bei den Anwohnern erntete sie damit nicht. Einige kündigten noch am Abend an, wegzuziehen.

LünePost, 30. Oktober 2023